



**Frankenpost.** In München existiert die königliche bayerische Leibgarde der "Kaischiere". Das sind 92 ältere, würdige und meist hochbelebte Herren, von denen jeder Feldweibelrang hat, und die in prunkvoller Uniform — blau mit reicher Silberstickerei, Brustharnisch, blinkender Helm mit dem Wirtelsbacher Löwen — den Zeremonien dienlich in der Residenz verbleiben. Bei friedlichen Aufzügen, zum Beispiel der Fronleichnamprozession, geleiten sie, mit dräuenden Gelbbarben bewehrt, den Hof. Kommandiert werden diese 92 Mann von — 14 Offizieren, mit deren Bezügen es sich, dem "Vorwärts" zufolge, wie folgt verhält:

Der oberste der Offiziere heißt Generallieutenant der Leibgarde der Kaischiere. Er bezieht das Gehalt eines Divisionskommandeurs, also 13,554 Mark pro Jahr, dazu Wohnungsgeldzuschuß und noch zwei Pferdeationen, obwohl er überhaupt kein Pferd braucht. Aber die 92 Kaischiere haben noch einen Offizier mit Generalsbezügen. Dies ist der Premierlieutenant der Leibgarde der Kaischiere. Er erhält das Gehalt eines Generalmajors, somit 10,260 Mark, Wohnungsgeldzuschuß und ebenfalls zwei Pferdeationen. Auch ein Offizier mit Regimentalkommandeurgehalt 8772 Mark und Wohnungsgeldzuschuß, gehört zu den Kaischieren. Fern gehören gleichfalls zwei Pferdeationen. Zwei Offiziere — sie heißen Kornet und Exempt — erhalten das Gehalt von 8110 Mark Kommandeuren, also je 6552 Mark dazu Wohnungsgeldzuschuß und je eine Ration. Dazu gesellen sich noch ein Offizier mit Hauptmannsgehalt, 4 mit Oberleutnants- und 4 mit Leutnantsgehalt. Alle neun beziehen auch den Wohnungsgeldzuschuß ihrer Charge. Selbstverständlich sind diese Offiziersstellen auf bezahlte Stellen für Söhne aus bayerischen Adelsfamilien. Erst vor kurzem wurde der Sohn des verstorbenen Generaladjutanten und Günstlings des Regenten, Freiherrn von Freytag, in eine solche Stelle mit 6552 Mark Gehalt, Wohnungsgeldzuschuß und eine Ration hineingebügelt.

Die Kaischiere selbst erhalten 336 Mark Röhnung und die üblichen Nebenbezüge, die das Einkommen des Kaischiers auf 1630 Mark steigern. Diese mittelalterliche Lusttruppe, die nur zum Prunk und zur Herbe da ist, die für das bayerische Volk nicht den geringsten Nutzen hat, verschlingt also jährlich eine Summe, die in die Hunderttausende geht.

In Preußen gibt es übrigens sogar zwei ähnliche Balasttruppen: die von Friedrich Wilhelm dem Dritten begründete Schloßgarde, ebenfalls aus ehemaligen Unteroffizieren gebildet und von einem hohen Offizier befehligt, jetzt dem riesigen General von Scholl; dazu gestellt die berittene Leibgarde der Kaiserin. Beide Hoftruppen tragen prunkvolle Uniformen nach französischem Muster, tun Dienst bei allen Hoffesten und sind für die Wehrkraft des Landes so überflüssig wie möglich. Es wäre erwünscht, wenn bei der Beratung des Reichstages im Reichstage einmal diese Prunktruppen in Berlin wie in München einer scharfen Kritik unterzogen würden. Es ist Zeit, daß damit aufgeräumt wird.

**Ueber die verheerende Wirkung der Tabaksteuer** hat die Handelskammer zu Chemnitz dem Reichsschatzamt ein ausführliches Gutachten erstattet. Danach dürfte die ungünstige Wirkung noch lange anhalten und in den Monaten Januar und Februar nächsten Jahres seien noch weit erheblichere Arbeiterentlassungen als wie bisher zu erwarten. Das Gutachten sagt weiter:

Die Fabrikation des Zigaretts hat durch die neue Steuer eine betrübliche Erhöhung der Produktionskosten erfahren, daß sie nicht mehr in der Lage ist, Fabrikate unter 24 bis 25 Mark per 1000 Stk. herzustellen. Sie ist genötigt, die Fabrikation an außerordentlich billigen, meistenteils billigeren Arbeiterlöhnen abzugeben, so nach den oberbairischen Industriegebieten. Eine betrübliche Verringerung der Arbeitsleistung muß auf den Seiten der Arbeiter nastellig einwirken. Soweit es nicht zu unmittelbaren Arbeiterentlassungen gekommen ist, haben die einzelnen Betriebe versucht, diese betrübliche Folge für die Arbeiterschaft dadurch hindanzuhalten, daß sie die Fabrikation weit über den Bedarf hinaus fortführen. Gleichwohl ist natürlich auf die Dauer eine Einschränkung der Fabrikation auf Grund der bestehenden Gefahr, manche Fabrikate gar nicht oder nur schwer an den Markt zu bringen, nicht zu vermeiden gewesen. Dasselbe vollzieht sich in den meisten Fällen darauf, daß Montag und Sonnabend überhaupt nicht und an den übrigen Wochentagen nur von früh 8 Uhr bis Abends 6 Uhr gearbeitet wird. Dabei steht zu befürchten, daß zur Erspahrung von Beleuchtungskosten auch diese Arbeitszeit noch eine weitere Einschränkung erfahren wird.

Ans letzte ein Tabakfabrikant zwei Einkäufe vor, die einen rechten Einblick in die Verteuerung gestatten. Für zwei Zentner Java-Blatt hatte er zu zahlen 170 Mark, dazu Steuern 150 Mark, der Tabak wurde also fast um das Doppelte durch die Steuern verteuert. Auf das Pfund für 88 Pfg. berechnet, machte es 35 + 42 1/2 = 77 1/2 Pfennige Steuern. Noch schlimmer stellt sich die Sache beim Ramm-Blatt, wo das Pfund 60 Pfg. kostet und dazu 20 + 42 1/2 Pfg. = 62 1/2 Pfg. indirekter Steuern kommen, die Steuer also noch 12 1/2 Pfg. höher ist als der Preis. Die Tabaksteuer-Erhöhung ist der rechte Weg, dem "Mittelstand" zu helfen. Dadurch zu helfen, daß man ihm den Lebensabend ganz abdreht.

**Zur Steuerhinterziehungsfraße** liefert Dr. W. Klassen im letzten Heft der agrarischen "Volkswirtschaftl. W.", bemerkenswertes Material. Er untersucht die wirkliche und die durch die Steuerveranlagung festgestellte Größe des mobilen Kapitalvermögens in Preußen und kommt zu dem Ergebnis, daß in Preußen etwa 84 Milliarden Mark mobiles Vermögen der Wohlhabenden der rechtmäßigen Besteuerung entzogen werden.

Diese agrarische Aufmachung ist offenbar ein Akt der Vergeltung für die Aufhebung der agrarischen Steuerermoglichkeiten durch Prof. Delbrück.

Zweifelloso haben beide Teile recht!

**Katholische Geistliche als Agitatoren gegen die Sozialdemokratie.** In der bekannten Erklärung der Zentrumsparlamentarier wurde behauptet: Das Zentrum ist keine konfessionelle, sondern eine politische Partei. Wie es in Wirklichkeit mit dieser Behauptung aussieht, sagt uns das nachfolgende Zirkular eines badischen Zentrumsblattes, das sich ausschließlich an die katholische Geistlichkeit wendet und also lautet:

Schwärzlicher Herr!

Die bedenkliche Annahme der sozialdemokratischen Stimmschaft anlässlich der letzten Landtagswahl, besonders auch auf dem Lande, gebietet es als eine Notwendigkeit, durch systematische Belehrung die Bevölkerung über das wahre Wesen und die verwerflichen Bestrebungen der Sozialdemokratie aufzuklären.

In diesem Zwecke bieten wir Ihnen zwei geeignete Flugblätter an.

Das eine behandelt die den Sozialdemokraten in der badischen Kammer von den Zentrumsabgeordneten zuteil gewordenen Erwidrerungen; die andere Flugblatt wendet sich gegen die von den Sozialdemokraten noch immer betriebene Steuererhebe gegen das Zentrum. Letztere Schrift wurde uns von der Zentrale des Volksvereins unentgeltlich zwecks Verbreitung zur Verfügung gestellt.

Das Flugblatt betreffend "Die falschen Freunde der Landwirtschaft" ist zu folgenden billigen Preisen von uns zu beziehen:

100 Stück	4 Mk.
200	8
300	12
500	18
1000	35

Das zweite, ebenfalls beifolgende Flugblatt "Die roten Falschmänner" wird von uns (soweit der Vorrat reicht) unentgeltlich (nur gegen Rückzahlung der Postkosten) versandt.

Wir bitten um. Schwärzchen, auf beigefügtem Vorkaufzettel Ihre Bestellung zu vollziehen.

Hochachtungsvoll

Verlag der "Freiburger Tagespost".

Das vorstehende Schreiben gewinnt dadurch noch eine besondere Bedeutung, daß die "Freiburger Tagespost" den badischen Zentrumsführer, Geistl. Rat W a d e r in Fähringen, zum Gründer und Inspirator hat. Welche Rolle der katholische Klerus in der badischen Zentrumspartei spielt, zeigt ferner die Tatsache, daß die einflussreichsten Zentrumsblätter von katholischen Geistlichen redigiert werden.

**Aus dem sächsischen Landtage.** Bei der Besprechung der freisinnigen Interpellation lehnte der Minister des Innern v. Sedebitz (15. Dezember) den Antrag ab, der ein Eingehen auf eine Änderung der Stellung der sächsischen Regierung zur Fleischnot bezweckt. Er hielt eine absolut agrarisch gefärbte Rede und bestritt, daß eine Fleischnot existiere; er behauptet weiter, daß die Lebenshaltung der sächsischen Bevölkerung eine schlechtere geworden sei. Die Regierung wurde im Laufe der Debatte von allen Parteien wegen ihrer Stellung zu der Fleischnot scharf angegriffen, nur die Vertreter

der Parteien eilten ihr zu Hilfe. Von unserer Seite sprachen die Genossen S i n d e r m a n n und R i e m , die scharf die Stellung des Ministers kritisierten, die sich lediglich der Vertretung konfessionsagrarischer Interessen widmet und die Interessen der großen Masse des Volkes nicht berücksichtigt.

Der Landtag verlegt sich am Freitag, den 17. d. M., bis zum 10. Januar 1910. In der ersten Sitzung nach den Ferien steht der Arbeitslosenversicherungsantrag unserer Fraktion, sowie unser Antrag auf Einsetzung einer sozialen Kommission zur Beratung.

**Weitere Folgen der Tabaksteuer.** Die Firma Carl Julius Klein-Hamburg hat ihre Fabrik in Ahle bei Wille (Westfalen) wegen der neuen Tabaksteuer gänzlich geschlossen. 43 Arbeiter sind dadurch brotlos geworden. — In ihrer Fabrik in Nienstedt läßt die Firma Reke u. Hoberg-Minden vom 15. Dezember an sämtliche Arbeiter vorläufig 3 Wochen feiern. — In Dagen (Wppe) ist den Arbeitern der Firma Steneberg-Barntrup die Staatsunterstützung auf Grund einer Denunziation, daß sie nicht infolge der Tabaksteuer entlassen seien, entzogen worden. Trotzdem die Firma Steneberg sofort doch diese Latsache bestritt, sind die Arbeiter schon 5 Wochen ohne Unterstüttung.

**Eine Selbstverwaltung für Kamerun.** Eine Verordnung über die Selbstverwaltung in Kamerun steht als erster Punkt auf der Tagesordnung der für den 15. Februar 1910 in Aussicht genommenen Sitzung des kameruner Gouvernementsrates. Außerdem sind für die Beratung in Aussicht genommen Verordnungen, betreffend die Erziehung zur Steuerleistung, den Handel mit geistigen Getränken und deren Aufsicht im Schutzgebiet Kamerun, eine Bau- und Polizeiverordnung und Schulordnung.

**Drei Gewerbeordnungs-Novellen.** Wie die "Berliner Volkszeitung" erfahren haben wird, werden dem Reichstag im Januar drei Novellen zur Gewerbeordnung zugehen. Sie betreffen die Heimarbeit, die Arbeitszeit der Frauen und einen vermehrten Kinderzuschlag.

**Die Reichstagswahlwahl in Wülheim-Wipperfürth** ist auf den 15. Februar, die eventuelle Stichwahl auf den 26. Februar anberaumt worden.

**Ein Feind der Monarchen.** Wegen Majestätsbeleidigung und Beleidigung eines Richters verurteilte das Schöffengericht in Wiesbaden einen Tagelöhner zu sechs Monaten Gefängnis. Der Angeklagte hat damit, wie festgestellt wurde, seine 36. Bestrafung wegen Majestätsbeleidigung erlitten.

**Der neu gewählte weimarische Landtag,** dessen Sitzung heute Freitag stattfinden wird, amilich auf Sonntag, den 20. Januar 1910 zusammenberufen.

**Der englisch-portugiesische Handelsvertrag.** Wie dem "Berliner Tageblatt" aus London telegraphisch gemeldet wird, ist dort die Vorläufigkeit für einen englisch-portugiesischen Handelsvertrag festgestellt worden. Die Zölle auf Textil-, Eisen- und Kurzwaren sollen gegen den jetzigen Tarif um 10 bis 20 Prozent herabgesetzt werden. England werde infolgedessen gegen die scharfe deutsche Konkurrenz erfolgreich kämpfen können.

**Der Lehrer als Schneeschaufer.** Ein bezeichnendes Licht auf das Verhältnis des bayerischen Klerus zu den Lehrern wirft folgendes Inserat in einer Zeitung Niederbayerns:

"Schneeschaufer gesucht!  
Vom Unterzeigerten verlangt man ab Winter 1909/10 das Schneeschaufern im Friedhof. Weil Unterzeigter anderweitig als Lehrer, Kantor, Dramist, Gemeinde- und Standesamtsschreiber, auch als Lehrer hinreichende Beschäftigung hat, wird die Stelle eines Friedhofschneeschaufers hiermit zur Verwertung ausgeschrieben. Schneeschaufer ist mitzubringen. Anmelbungen und Angebote (Stundentohn) sind zu richten an Obermehner Abel in Witterdröthen."

Ein Bild von der Wertschätzung der Lehrer im frommen Bayernlande. Warum schamelt der Pfaff nicht den Schnee?

**Vom Sanherdentum.** Die "Kölnische Volkszeitung" beschuldigt in Nr. 1045 die liberale "Düsseldorfer Zeitung" einer "falschen Fälschung". Die "Kölnische Volkszeitung" spricht in Nr. 1963 gegenüber der "Kölnischen Volkszeitung" von "massivem Ruin", von "Dreißigkeit", droht, sie der "falschen Fälschung" und sagt hinzu, daß schon bei einer früheren Gelegenheit einer ihrer Mitarbeiter von der "Kölnischen Volkszeitung", "angepöbel" worden sei.

Das hindert natürlich beide Blätter nicht, für sich die feinste Bildung in Anspruch zu nehmen und sich allwöchentlich über die Höhe der sozialdemokratischen Presse aufzuregen.

## Ausland

### Der österreichische Parlamentstammer

ist seit Mittwoch wieder voll in die Erscheinung getreten. Die Slawische Union hat sofort die Obstruktion eröffnet und zahlreiche Dringlichkeitsanträge eingebracht, mit deren ausführlicher Besprechung die Zeit nutzlos vergebend wird. Die "arbeitswilligen" Parteien können dagegen nichts weiter tun, als die Obstruktion auslösen zu lassen und die Anträge niederzustimmen. Man hofft, die slawischen Schreier durch eine Dauerstimmung schließ- lich müde zu machen.

## Victoria.

Roman von Hanna Sanitzky.

(Nachdruck verboten.)

Der kleine zornigte ihm zu, in Gefühle großer Ueberlegenheit.

"Rechne sie, wie kann man so naiv sein! Sie müssen doch wissen, daß bei solchen Vergebungen es sich nicht um größere oder geringere Bedürftigkeit, sondern um geringere oder größere Arroganz handelt. Sie erkennen sich der größten und können daher unbefangt sein."

So ergaben sich Ausgleiche für jedermann und zwischen den gegensätzlichen Bestrebungen konnte ein Kompromiß geschlossen werden, nur die arme Frau Field hatte sich zu beklagen, sie fühlte sich auf das Tiefste gekränkt.

Oswald ihr Mann und ihr künftiger Schwiegerjohn bei diesen Arrangements in hervorragender Weise beteiligt waren, war ihr doch nicht die geringste Berücksichtigung zuteil geworden. Was hatte ihr die Frau de Boh gegeben, eine Perle, die ganz im Hintergrunde stand und so gebedt war, daß das Publikum von ihr nicht als eine Risikoprämie und eine hübsche Sache zu sehen bekam; und Strause und Hauke nur aus weichen Lull, so einfach, daß sich ein Stübchen dafür hätte schmücken müssen. Wenn sie sie doch mit Gold hätte ausstatten dürfen, aber nein, nein! Oswald war unerbittlich. Er gebot ihr die wohl abschließend zurückzusetzen.

Hanna war ganz abgelenkt worden und die schöne Silvia hatte die Rechte des Rubens darzustellen, die einfarbig aus- gesehen hatte, alle alle übrigen.

Was würde das Publikum dazu sagen? Was würde es von der Field denken? Sie hätte meinen mögen. Und wenn sie doch nur eine süßliche Seele gehabt, der sie ihren Summer hätte anvertrauen dürfen, aber Hanna zeigte sich dieser Angelegenheit gegenüber ganz gleichgültig und Silvia hinwieder so ausgenommen, daß sie zu allem lachte.

Diese Scherheit ränzte der Mama völlig die Hoffnung. Was hatte sie nur immer zu lachen und noch dazu mit dem Schwager? Wo es nur anging, fanden sich die beiden zusammen, aber Oswald und Strause, unbestimmt um alles übrige, als wären sie ganz selbst auf der Welt.

Sie hatte den guten Die sofort darauf aufmerksam gemacht, es hätte ihr Mutterpaar, aber der älteste Mensch lachte ebenfalls und ließ sich in seinen freundschaftlichen Beziehungen zu dem Schwager nicht im geringsten betören. Ja, es kam ihr

graden vor, als würde er es darauf anlegen, die beiden nicht zu ähren. Die runden Augen der Frau Field blickten verwundert und ratlos auf sie.

Sollte sie ihren Mann ins Vertrauen ziehen? Aber der sah in letzter Zeit so furchtbar elend und niedergedrückt aus, daß sie es nicht wagte, ihn damit zu behelligen. Sie war in seine verzweifelte Lage nicht eingeweiht, aber instinktiv ahnte sie, daß sich hier etwas Schlimmes vorbereite und wie immer hielt sie sich davor beide Augen zu.

Die Stunde des Soupers war gekommen, ohne daß Oswald erschienen wäre, was allgemein zu verstimmen schien. Nach dem Souper hatten sich die Gäste, auch die Damen, in das Rauchzimmer begeben.

Field, der keinen Willen genossen, griff nach einer Ciganna. Strausein Pilleren hielt ihm das Feuer ihrer Zigarette entgegen und er dankte mit einem munteren Wort, das zu dem schalen Gesicht nicht recht stimmen wollte.

Da öffnete sich die Tür, Oswald trat ein und wurde mit einem lauten "Ah" empfangen. Er war nicht im Frack, so sein Keuschen erbehrte jeder Sorgfalt. Er trug ein kurzes Jackett und eine hohe Weste, über welche die Schließen einer schief stehenden Armbrette baumelten, das Haar hing ihm in seiner reichen Ueppigkeit unordentlich und wir um die Stirn, und wie man von oben nach unten ihn sah, konnte man bemerken, daß seine Cigarette arg beschmutzt waren.

Als er nun mit einem etwas ungenierten "Entschuldigun Sie mich" behüllte, erhob sich lauter Protest.

Nun überhastete ihn mit Vorwürfen, die nicht immer scherzhaft gemeint waren. Die Damen wenigstens zeigten sich sehr empfindlich, daß er, der hierzu Berufene, in einer ausschlaggebenden Sitzung fehlte, zu der sie erschienen waren. Oswald erwiderte den Jörn der beleidigten Götinnen ziemlich handhast, er nahm eine Zigarette und warf sich ermüdet auf einen Stuhl.

Field warf einen forschenden Blick nach ihm hin. Das ging mit diesem Menschen nur vor? Er fand ihn ungewöhnlich bleich, die Augen hatten ein düsteres Feuer und um die Mundwinkel spielte jenes nervöse Lächeln, das eine starke innere Bewegung verrät, die man zu weitern besträbt ist.

Aber er konnte die Zeichen ihn täuschen man nicht, litt er doch selbst maßlos in diesem Augenblick unter dem schier unerträglichen Jörn.

Aber es war sein scherzhaftester Ton, in dem er die Frage stellte:

"Es muß wohl etwas ganz Besonderes gewesen sein, das Sie uns abwesend gemacht hat, wie? Darf man's erfahren?"

"Ich bin in Kallendach gewesen", lautete die Antwort. In Hannas Gesicht stieg eine dunkle Wolke der Scham und der Empörung auf, sie wuschte, was ihn dorthin führte.

Baron Waller aber lachte hell auf.

"Meiner Geel, man steht ihm wohl an, daß er eine Landpartie gemacht hat."

"Aber bei so ungünstiger Witterung!" riefen die Damen, "es regnet in Strömen."

"Das ist ihm alles eins, haha", mederte Waller, "er hat ein Faible für dieses Kallendach, und ob schon, ob Regen, er läßt sich von seinen Naturstudien nicht abhalten."

"Möchte man sie eher Gesellschaftsstudien nennen", entgegnete Oswald, von dem spöttischen Tone gereizt. "Es steht schlimm mit den Leuten in Kallendach. In Viktoria ist der Betrieb noch immer nicht aufgenommen, und diese andauernde Arbeitslosigkeit, die wahre Quelle des Elends, treibt diese armen Menschen zur Verzweiflung."

Die Damen und Herren sahen sich betroffen an. Was besand sich doch in guter Gesellschaft, wie konnte man die Lastlosigkeit begehen, ein solches Thema hier anzuschlagen und noch dazu in so brüster Weise.

Die Generalin hustete, um auf diese Unziemlichkeit aufmerksam zu machen, Hanna aber entgegnete erregt, wie sonst gar nicht ihre Gewohnheit war:

"Warum gehen die Leute nicht fort und suchen sich anderwärts Arbeit und Brot? Diese Menschen sind nicht an Kallendach, nicht an Viktoria gebunden, die ganze Welt steht ihnen offen, und da sie nichts haben, sind sie auch nicht schaffst, sie sind Tagelöhner von Beruf."

Oswald wollte antworten, aber Field schnitt ihm das Wort ab.

"Ich dachte, wie setzen diese Erörterungen nicht fort, sie scheinen mir weder interessant, noch pössend."

Aber wenn das Thema auch nicht salonsfähig war, so war es doch ein solches, das, einmal angeregt, nicht sofort fallen gelassen werden konnte. Auch die schlafrichtigen Geister waren geweckt und jeder schien erpicht, ein Wort, das ihm seit langem auf der Zunge gelegen, hier anzubringen.

Es war — sonderbar genug — als hätte man sich gegen etwas zur Wehr zu setzen, sich gegen einen Vorkauf zu verteidigen, der doch noch gar nicht ausgesprochen worden war.

Wie in einem allgemein eröffneten Schneefeld schwirren die Bemerkungen von allen Seiten durcheinander.

"Diese Arbeiterfreundlichkeit ist heutzutage eine Modekrankheit geworden."

"Alles tollt über dem!"

(Fortsetzung folgt.)

Am Mittwoch also begann der Spä. Auf der Tagesordnung des Abgeordnetenhauses standen Dringlichkeitsanträge, von denen die Russen und die tschechischen Agrarier neuerdings eine ganze Anzahl eingebracht hatten. Als um 2 Uhr 30 Minuten nachmittags der Präsident die Sitzung auf eine Stunde unterbrechen wollte, um den Abgeordneten Gelegenheit zur Teilnahme an dem Beichensgang des Grafen Harrach zu geben, erklärte der Abgeordnete Seif, die gegenwärtige Geschäftsfrage habe eine beratige Unterbrechung nicht; das Haus lehnte den Antrag des Präsidenten mit 179 gegen 96 Stimmen ab. In Begründung eines Dringlichkeitsantrages sprach der tschechische Agrarier Kollatz sodann mehrere Stunden. Es heißt, daß die Sitzung Tag und Nacht ununterbrochen fortgesetzt werden soll, um die Verantwortlichkeit jener Parteien festzustellen, die die Arbeiten des Parlaments hindern. Die arbeitswilligen Parteien haben beschlossene, Schichtwechsel einzuführen, um die Beschäftigbarkeit des Hauses dauernd aufrechtzuerhalten.

154 Abgeordnete und ein Präsident sollen umwechselfeld Schicht haben.

Am Donnerstag Abend um 11 Uhr 30 Minuten Abends sprach der tschechische Agrarier Kollatz, der seine Rede um 1 Uhr nachmittags begonnen hatte, noch immer. Um 12 1/2 Uhr Nachts fielen von der ersten Galerie des Abgeordnetenhauses Rufe gegen die Tschechen, welche daraufhin stürmisch die Räumung der Galerie verlangten. Auch der Redner, und zwar noch immer der Agrarier Kollatz, verwahrte sich gegen die Einschüchterung der Galerie und erklärte, erst nach ihrer Räumung seine Rede fortsetzen zu wollen. Unter großem Lärm des ganzen Hauses erfolgte die Räumung der Galerie, worauf Kollatz seine tschechische Rede fortsetzte. Kollatz schloß seine fast dreizehnhündige Rede um 1 1/2 Uhr Nachts. Nachdem Seliger die Obstruktion aufs schärfste verurteilt hatte, schloß die Debatte. Die Generalredner verzichteten aufs Wort und der Antragsteller Solly erhielt das Schlusswort. Erst am Donnerstag um 6 1/2 Uhr früh beendete Abgeordneter Solly sein vierstündiges Schlusswort. Das Haus lehnte die Dringlichkeit des ersten Antrages von 37 seitens der tschechischen Agrarier eingebrachten Dringlichkeitsanträge ab und verhandelte den zweiten Dringlichkeitsantrag. Die Sitzung dauert fort. Die Situation ist unverändert, die Situation am 13. Dezember um 8 1/2 Uhr Morgens in Berlin angelangenen Telegrammes.

Darauf kam die Meldung: Spacel, der um 6 1/2 Uhr früh das Wort zur Begründung des zweiten tschechisch-agrarischen Dringlichkeitsantrages ergreifen wollte, sprach Morgens 10 Uhr

Die Rede des Abgeordneten Spacel zur Begründung des Dringlichkeitsantrages, betreffend die Pferdebesitz, dauerte bis 12 Uhr Mittags. Nachdem dann die Abgeordneten Kefel und Krenn die Obstruktion beendet hatten, erhielt Solly um 1 1/2 Uhr nachmittags das Schlusswort.

Eine Volksversammlung der deutsch-freiwirtschaftlichen Parteien sprach einhellig ihre Entschlossenheit über die Obstruktion der tschechischen Union aus und erklärte auf das Entschiedenste, ihre ganze Kraft aufzubieten, um dieses den Staat, die Verfassung und das allgemeine Volkswohl gefährdende Treiben zu bekämpfen. Sie gab der Überzeugung Ausdruck, daß unter den gegebenen Verhältnissen jedes Eingekommen gegenüber der tschechischen Union ausgeschlossen sein müsse.

**Kinderarbeit im katholischen Oesterreich.** Wie die österreichischen Generalinspektoren in ihren Urteilen erschienenen Berichten für das Jahr 1908 mitteilen, werden in Oesterreich noch Kinder im zartesten Alter auf Dauten, in Steinbrüchen, zur Bedienung von Kreisjägen, zum Sortieren nicht desinfizierter Wurst, zum Zubereiten von Bleiglasuren und Aufträgen derselben, zum Ablesen von Schriftzetteln, Ausbilden von Seherkisten usw., und im übrigen in fast allen Industriezweigen beschäftigt. 1410 jugendliche Personen, darunter 767 unter 14 Jahren, wurden in ungeheurer Weise beschäftigt. Von den in Wäldern in Begleitung ermittelten Kindern hatte ein Knabe noch nicht das achte Jahr vollendet! Im Komotauer Bezirk wurde ein elfjähriger Knabe ermittelt, der eine Kreisjäge bediente. Mädchen und Knaben von 9 Jahren wurden ferner in der Leder- und Zelluloseindustrie angetroffen. Bei der Revision einer der größten Seidenfabriken Silditols wurden mehrere kleine Mädchen in dem Augenblick überrascht, als diese im Begriff standen, durch eine Falltür in den unterhalb befindlichen Lagerraum zu klettern. Wie sich später herausstellte, waren in dieser Fabrik 26 Mädchen unter 14 Jahren täglich 10 1/2 Stunden hindurch regelmäßig beschäftigt, von welchen 14 gerade erst das zwölfte, und vier noch nicht das elfte Lebensjahr erreicht hatten. Der verbrecherische Ausbeuter erhielt nur eine Strafe von 1000 Kronen zuzüglich.

Dem Inspektor in Pola wurde die schwere Verletzung eines zehnjährigen Knaben bei der Teilnahme einer Teilwarenfabrik bekannt. Usw. usw. So ist die Kinderarbeit in Oesterreich noch in ihrer furchtbarsten Form anzutreffen! Wehe und ausdeute! Das scheint der Wahrspruch der frommen Unternehmer zu sein.

**Die Gemeindevahlen in Spanien.** Das Ergebnis der Gemeindevahlen in Spanien stellt sich folgendermaßen: In 230 Gemeinden siegten die Liberalen, in 190 die Republikaner und Sozialisten, in 72 die Konserwativen, in 34 die Katalonisten und in 19 die Katholiken.

**Peter Rosegger als Herrenhändler.** Die Ernennung von fünfzehn neuen Herrenhausmitgliedern steht, wie aus Prag gemeldet wird, in Oesterreich vor Enderung der nächsten Sitzung des Herrenhauses bevor, da die Minimalzahl der österreichischen Herrenhausmitglieder durch die Todesfälle der letzten Zeit nicht vorhanden erscheint. Unter den neuen Herren wird sich auch der freierische Dichter Peter Rosegger befinden.

Womit hat nun der epische Feil aus dem Volke diese Herabwürdigung verdient?

## Partei-Angelegenheiten.

**Gemeindevahlen in Württemberg.** In Neuenburg wurde neben zwei Nationalberatern und einem weiteren Bürgerlichen auch ein Sozialdemokrat in den Gemeinderat gewählt.

In Vaihingen a. F. wurden neben zwei Bürgerlichen Kandidaten zwei Sozialdemokraten, die ersten Vertreter unserer Partei, in den Gemeinderat gewählt.

In Birkfeld ging der sozialdemokratische Zettel, dem ein Gegenvorschlag garnicht erst gegenübergestellt wurde, glatt durch. Infolge dessen wurden zwei Sozialdemokraten und ein Bürgerlicher gewählt.

In Rüttlingen wurde der selbsterige sozialdemokratische Vertreter in Gemeinderat wiedergewählt.

In Dürrenmühlacker wurden zwei Sozialdemokraten neben einem Volksparteiler und einem Unparteilichen gewählt.

In Großsiffen gelang es, den Vorstehenden der sozialdemokratischen Parteiorganisation mit der höchsten Stimmenzahl in den Gemeinderat zu wählen.

In Geislingen siegte das Kartell der „Linken“, bestehend aus Sozialdemokraten und Liberalen, über das Zentrum. Es wurden zwei Liberale, ein Unparteilicher und ein Sozialdemokrat gewählt.

In Norch wurden neben vier Bürgerlichen ein Sozialdemokrat, der erste Vertreter der Partei, in den Gemeinderat gewählt.

In Schramberg war der Wahlkampf sehr heftig, die Beteiligung betrug 91 Prozent. Sozialdemokraten, Volkspartei und freiwirtschaftlicher Bürgerverein gingen einerseits, Zentrum und Nationalliberale (!) gingen andererseits zusammen. Gewählt wurde je ein Vertreter von Sozialdemokratie, Volkspartei, Bürgerverein und Zentrum.

In Segersberg gelang es, einen Sozialdemokraten in den Gemeinderat zu wählen.

**Paul Frauböse von den Anarchisten verurteilt.** In Sachen Paul Frauböse hatte die Kommissionskommission der Anarchisten Berlin und Umgegend am 13. Dezember eine Sitzung abgehalten, über welche der „Arbeiter“ schreibt: Nach zeitlich überlegter Debatte kamen die Genossen zu folgender Erklärung:

**Erklärung:**  
In der am 13. Dezember 09 von der Kommissionskommission der Anarchisten Berlin und Umgegend abgehaltenen Sitzung erklärten die Genossen:

„Die gesamte Handlungsweise von Paul Frauböse ist unanarchistisch und erklären wir jede Gemeinschaft mit ihm für gebrochen.“

Die Kommissionskommission der Anarchisten Berlin und Umgegend.

**Ernst Deder. Gustav Rbed.**

Da dieselbe Nummer des „Freien Arbeiter“ einen langen Artikel über „Sozialdemokratische Regierungen“ enthält, wird der Bürger Frauböse jetzt wohl einen solchen mit der Überschrift „Anarchistische Regierungen“ schreiben!

**Die Sensationsnachricht über Gorki.** Wie haben vor kurzer Zeit die Nachrichten bemerkt, wonach Maxim Gorki aus der russischen sozialdemokratischen Partei ausgeschlossen worden wäre. Jetzt erfuhr die offizielle Vertretung unserer russischen Genossen im Auslande um die Aufnahme folgender Erklärung:

In einem Teil der ausländischen und russischen Presse zirkulieren immer noch die von jemandem harmlos und weit verbreiteten Gerüchte über den Ausschluss des bekannten Schriftstellers Maxim Gorki aus unserer Partei. Angesichts dessen stellen wir hiermit fest, daß alle diese Nachrichten ausnahmslos und vollkommen auf Unwahrheit beruhen.

Als nicht minder falsch ist auch das Gerücht zu bezeichnen, wonach Gorki selbst durch ein Schreiben an das Zentralkomitee seinen Austritt aus der Partei erklärt haben soll. Wir erlauben uns, alle Zeitungen, die die falsche Nachricht übernommen haben, zu eruchen, unsere obige Feststellung zum Abdruck zu bringen.

Mit Parteigruß  
Das Auswärtige Bureau  
des Zentralkomitees der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands.

## Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

### Wie Landarbeiter behandelt werden!

Auf dem Dominium Galowitz bei Rothföhren ist eine Witfrau, Mutter von zwei unmündigen Kindern beschäftigt. Als nun dieser Tage Kartoffeln für das Vieh gelocht wurden, entnahm die Frau aus dem Kartoffelkämpfer einige Kartoffeln, um damit ihren Hunger zu stillen. Dieser Vorgang wurde beobachtet und dem Inspektor Gahn mitgeteilt, der hierfür der Frau eine Strafe von 30 Pfg. ankündigte, im Wiederholungsfall jedoch eine Mark Strafe in Aussicht stellte. Die Witfrau äußerte sich hierauf zu einer Mitarbeiterin, daß, wenn ihr die angeordnete Strafe von ihrem täglichen Lohn (sie erhält 30 Pf. pro Tag) abgezogen würde, sie nicht mehr in den Stall gehen will. Dieses Gespräch wurde vom Inspektor Gahn gehört, der die Frau, die nur einige für das Vieh bestimmte Kartoffeln genommen hatte, um damit ihren Hunger zu stillen, zu sich rief und mit Ohrfeigen, Schlägen auf den Kopf und in den Rücken traktierte. Außerdem hatte Gahn der Frau das verdiente Wochenlohn am Sonntag vorenthalten und ihr den Auftrag gegeben, daselbe am Sonntag selbst in der Kasse abzuholen. Aber auch jetzt bekam sie ihren verdienten Lohn nicht, trotzdem sie darauf hinwies, daß sie und ihre beiden Kinder Hunger hätten. Erst am Montag früh erhielt die Frau ihren sauer ver-

dierten Lohn, angeblich einer Mark Strafe und konnte sich und ihren Kindern etwas zu essen kaufen.

Wie uns ferner mitgeteilt wird, soll es nicht das erste Mal sein, daß Arbeiter, namentlich polnische, von dem Inspektor Ohrfeigen und Stockschläge erhalten haben. Wenn der Gutbesitzer, Rittmeister v. Poles, der uns sonst als ein humaner Mann geschildert wird, mit der Behandlung seiner bei ihm beschäftigten Arbeiter durch den Inspektor Gahn einverstanden ist, dann ist es kein Wunder, wenn die Klagen über Landarbeiterknecht nicht verstummen wollen. Garte, schwere Arbeit, geringer Lohn und dann noch Prügel, bringen selbst das Blut des anspruchlosesten, unterwürdigsten Landarbeiters in Wallung.

**Stiefberg, 17. Dezember.** Jena'sche Wagners-Verfahren. Gegen den freiwirtschaftlichen „Voten“ ist ein Jena'sche Wagners-Verfahren eingeleitet worden. Dieser hatte bei dem Reichsgericht Klage über die Art der Untersuchung kritisiert und den Konflikt, der zwischen der Stiefberger Polizei und der Staatsanwaltschaft ausgebrochen war, ebenfalls nicht so wohlwollend behandelt, wie es anstehend „oben“ gewünscht wurde. Die Staatsanwaltschaft will nun wissen, woher das Blatt die genauen Informationen hat. Zu diesem Zweck beschritt sie den mittelalterlichen Weg des Jena'sche Wagners-Verfahrens, ohne natürlich ihren Zweck zu erreichen. Der verantwortliche Redakteur wurde vorläufig zu zwanzig Mark Geldstrafe verurteilt. Ob die Staatsanwaltschaft noch die angebotene Jena'sche Wagners-Verfahren verhängen wird, muß abgewartet werden. Jedenfalls wird es hohe Zeit, daß mit dieser mittelalterlichen Institution des Jena'sche Wagners-Verfahrens so schnell als möglich ausgeräumt wird.

**Wauer, 17. Dezember.** Schadenfeuer beim Talsperrenbau. Mittwoch Abend gegen 8 Uhr brannte ein zur Aufbewahrung von Elektromotoren zu Danzwerden dienendes Schuppen vollständig nieder, wobei auch die im Schuppen untergebrachten Motoren im Werte von 11- bis 12.000 Mk., sowie die Draht- und Stropvorräte zum Opfer fielen. Das gewöhnlich im selben Schuppen eingestellte Automobil der Bauleitung war zufällig in Pahn. Der hinter dem brennenden Schuppen eingebaute Pergineller blieb verschont. Es wird höchstwahrscheinlich Brandstiftung vermutet.

**Wien, 17. Dezember.** Eine öffentliche Konfessionsschneider-Verammlung findet am nächsten Sonnabend Abend im Saale der Verkauer Bierhalle statt. Die Tagesordnung lautet: „Besprechung der Konfession der Schneider-Verbands, Genosse Schärli-Bräunle. Eingeladen wird an der Verammlung vom Verband der Schneider und Schneiderinnen Deutschlands, dem Driegerverein der deutschen Schneider und verwandter Berufe und dem Christlichen Verband der Schneider und Schneiderinnen.“

**Bunglau, 17. Dezember.** Eisenbahnprojekt Bunglau-Sprotau. Richtig stellt, wie die „Sächs. Zig.“ meldet, das Komitee für den projektierten Bahnbau Bunglau-Sprotau mit zweigleisiger Mittellinie-Rodlau in Sagan eine Besprechung ab, bei der über die Finanzierung verhandelt wurde. Die Kosten der Bahnstrecke sind mit 3.000.000 Mark veranschlagt. Die ministerielle Entscheidung über die finanzielle Beteiligung des Staates an dem Bahnbau Sprotau-Sprotau ist in aller Eile zu erwarten. Es soll daher mit der Gründung einer Aktiengesellschaft vorgegangen werden. Der Bau dieser Teilstrecke soll längstens in Jahresfrist beendet sein und die Finanzgründung unmittelbar bevorstehen.

**Kattowitz, 17. Dezember.** Die Stadtvorordnetenwahlen. Wegen der vielbesprochenen Stadtvorordnetenwahlen ist von der Zentrumspartei und den Polen ein Protest eingegangen. Daraus wird die Gültigkeit der Wahlen angefochten und hauptsächlich gerügt, daß die mittleren und mittleren Beamten unter dem Druck der Vorgesetzten bei den Stichwahlen gestimmt hätten.

Ueber die vom Zentrum und den Polen eingelegten Proteste gegen die Kattowitzer Stadtvorordnetenwahlen berichtet die Stadtvorordnetenversammlung in ihrer Sitzung am Donnerstag. Es wurde beschlossen, die Wahlen der ersten und zweiten Abteilung für gültig zu erklären und über vier Einsprüche in der dritten Abteilung Beweis zu erheben.

Die Maßregelungen nehmen ihren weiteren Fortgang. Wie jetzt gemeldet wird, soll für 15 Postunterkanten die Verlegung unterwegs sein.

**Gleiwitz, 17. Dezember.** Im Zuchthaus gestorben. Der katholische Arbeiter Neumann aus Habze, der im Januar vorigen Jahres wegen Stillschließungsverweigerung zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt worden war, ist gestern früh im hiesigen Strafgefängnis gestorben.

**Janze OS., 17. Dezember.** Scherer Eisenbahn Unfall. Am Donnerstag nachmittags wurde auf dem hiesigen Bahnhof ein Milchfuhrer, der einen Handwagen aus, beim Ueberfahren der Gleise von der Lokomotive eines Güterzuges erfasst. Er erlitt hierbei so schwere Verletzungen, daß er sofort tot war. Der zur Abfahrt der Milch fuhr, benutzte Zugang soll geschlossen gewesen aber von einem Unbefugten geöffnet worden sein.

**Posen, 17. Dezember.** „Schwere“ Jungen. Von der hiesigen ersten Strafkammer wurde in dem Prozeß wegen der Einbrüche in die Posener Juweliergeschäfte ein Urteil gefällt. Der Schuhmachergeselle Stanislaus Pietrynski aus Berlin erhielt zwei Jahre Gefängnis, der Schlichter Nowak aus Berlin vier Jahre sechs Monate Zuchthaus, zehn Jahre Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht. Weibchen wurden je sechs Monate auf die Untersuchungshaft angesetzt. Die Verhandlung gegen die übrigen Angeklagten wurde auf Freitag vertagt.

**Posen, 17. Dezember.** „Schwere“ Jungen. Von der hiesigen ersten Strafkammer wurde in dem Prozeß wegen der Einbrüche in die Posener Juweliergeschäfte ein Urteil gefällt. Der Schuhmachergeselle Stanislaus Pietrynski aus Berlin erhielt zwei Jahre Gefängnis, der Schlichter Nowak aus Berlin vier Jahre sechs Monate Zuchthaus, zehn Jahre Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht. Weibchen wurden je sechs Monate auf die Untersuchungshaft angesetzt. Die Verhandlung gegen die übrigen Angeklagten wurde auf Freitag vertagt.

Genauere Nachrichten: Richard Schiller - Redaktion und Expedition: Postfach 100. - Druck von Carl Schmitt, G. m. b. H. - Druck in Breslau. - Preis 20 Pfennige.

Für die Inserate übernimmt die Redaktion nur die rechtliche Verantwortung.

Am 14. Dezember verstarb unser Freund und Verbandskollege, der Kermacher  
6034  
**Franz Plitzner**  
im Alter von 31 Jahren.  
Ein ehrendes Andenken werden ihm bewahren  
**Die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Verwaltung Breslau.**  
Beerdigung: Sonnabend, den 18. d. Mts., nachmittags 3 Uhr von Carlowitz, Scholzstrasse, aus.

**Trauer-Hüte**  
in grösster Auswahl zu billigen, festen Preisen.  
**M. Tichauer,** 5578  
Rauschstrasse 47, part. u. I. Etage.

**Palzwaren, Hüte u. Pelzwaren, Mützen** kauft man reell und billig nur bei  
**F. Paul,**  
Palzwaren-Geschäfte der Saison Friedrich-Wilhelmstr. 3.

**Trauerhüte**  
in grösster Auswahl und billigsten Preisen. 5851  
**Hilda Siedner**  
Schmiedebriicke 15/16  
Ecke Kupfer-Schmiedestr.

Die aller wirksamsten  
**Spül-Spritzen**  
a. P. v. 4. 6. 8. 10. 12. 14  
an der Verkaufsstelle  
u. in allen Versand-  
Weges Dabozel  
Wiederh. H. L. Sp.  
Verwand. Joh. Paul  
Verwand. Joh. Paul  
Verwand. Joh. Paul  
Verwand. Joh. Paul

**Leihamt, Alsbühnerstr. 17**  
Hüte, bel. bill. geputzt u. überneuert und repariert, sowie Kette. 6003  
**But-Banke**  
Inh.: Joh. Tossner  
Friedrich-Wilhelmstr. 23.

**Hüte** mit gute, reelle Güte, Qualitäten, für Herren und Knaben.  
**Wägen, Stühle, Schirme** zu billigen Preisen. 4495  
Knechtstr. 10, für Herrenstr.

**SINGER**  
Familien-Nähmaschinen  
sind die nützlichsten Weihnachtsgeschenke.  
Durch unsere ständigen Läden zu beziehen.  
**Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.**  
**BRESLAU** 5710  
Schwalbenstr. 43b, Albrechtstr. 30, Friedrich-Wilhelmstr. 61, Marktstr. 2, Sadowna L.



## Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 17. Dezember.

### Geschichtskalender.

18. Dezember.

- 1773 Beginn des nordamerikanischen Freiheitskrieges.
- 1788 Der Komponist Carl Maria v. Weber \*.
- 1808 Der Dichter Gottlieb Dörner †.

### Stadtverordneten-Versammlung.

Eine reichlich lange, zeitweise erregte, aber materiell nicht sehr ergiebige Sitzung fesselte gestern die Stadtväter und ihre zahlreich erschienenen Zuhörer bis fast acht Uhr Abends in den Sitzungssaal. Zur Debatte standen die Steuer- vorlagen, aber nur drei kamen an die Reihe, die dritte nicht einmal zum Schluss. Kanalgebühren, Billetsteuer und Konzeptionssteuer beherrschten die Tagesordnung und ließen manch lange Rede vom Stapel laufen. Es war lehrreich zu beobachten, wie sich bei den einzelnen Gegenständen das Blatt wendete und die Opposition geräuschvoll von rechts nach links verschob und dann wieder nach rechts zurückrollte.

Den Anfang machten die Kanalgebühren, für die trat nur ein Redner aus dem Hause ein — der Sozialdemokrat Neulirch. Sonst hielten die Hausbesitzer streng auf Manneswacht. Sie schickten ihren Anführer vor, den Grundbesitzervereinspräsidenten Dertel, ihren Syndikus, den Rechtsanwalt Dr. Nemann und zwei Mann aus dem Klube, den liberalen Brinke und den konservativen Finger. Nicht ein hörerlicher Stadtvater rührte sich gegen die Hausbesitzergarde, sie überließen die Vertretung der Vorlage dem Kammerer, dem Oberbürgermeister und Genossen Neulirch, der darauf hinwies, daß die Hausbesitzer mit den erhöhten Gebühren nur eine Entschädigung für die ihnen von der Stadt abgenommenen Leistungen zahlen, die sie früher garnicht und gegenwärtig unzulänglich honorieren. Die Allgemeinheit sei nicht berufen, diese Gebühren auf den einzelnen Steuerzahler zu übernehmen. Als der Kammerer auf die gestiegene Miete hinwies, schäumte der Ober der Interessenten wild auf, als ob er eine Unwahrheit gesagt hätte.

Ganz anders standen dieselben Spießbürger, als es sich um die Beratung der Billetsteuer, also einer Steuer auf Bildung und Kunst, handelte. Die war ganz nach ihrem Herzen. Sie geben sowieso nicht ins Theater, sondern in die Krähe oder zu Kiefling, und wer so verrannt ist, um ins Theater zu laufen, der kann ordentlich herappen. Diesmal kam die Opposition von der Linken. Genosse Heymann legte in sachlicher Rede zunächst die verhängnisvolle Wirkung dieser „Schlachtsteuer für Theater“ auf die Verwaltung der städtischen Kunstinstitute im Allgemeinen dar, und wandte sich dann den besonderen Nachteilen zu, die die Bildungsbestrebungen im Volke dadurch erleiden, um mit den verwaltungstechnischen Unmöglichkeiten der Steuer zu schließen. Er fand Unterstützung nur bei den Stadtvater-Oldenborf, Neisser und Heine, während Herr Weide diese Abgabe aus anderen Gründen bekämpfte. Eine bezeichnende Lachsalve brauste durch das Haus, als Stadtv. Odenhof den Oberbürgermeister an einen ruhmreichen Kollegen erinnerte, der die Kunstbestrebungen im Volke nicht besteuerte, sondern durch Geldgaben gefördert habe und als er diese ruhmreichen Kollegen den „Oberbürgermeister“ von Athen vor 2800 Jahren, Perikles, proklamierte. In der fröhlichen Heiterkeit ging ein zarter Zwischentritt verloren, der bei der Erwähnung perikleischer Geldgaben von den Lippen des Stadtv. Herchel ertönte und die Frage aufwarf: „Woher hat an Alpasia?“ Der Hetärenkult im sinnverlorenen Hella hat danach auf den arg frommen Mann einen so wurzel-

tiefen Eindruck gemacht, daß der blühende Apoll im Breslauer Stadthaus noch heute an die läppige Alpasia denken muß, wenn der Name des fähigen athenischen Feldherrn und Staatsmannes ertönt. Was für heidnische Gedanken! Die Anhänger der Billetsteuer fanden einen unerwarteten Parteigänger im Stadtv. Ehrlich II, der sein Spezialvergnügen, den Orchesterverein, von vornherein befreit weiß und nun den anderen Kunstinstituten in Seelenruhe die Steuern aufbürdet. Hoffentlich nicht, um von ihrem Ertrage die Subvention des Orchestervereins zu erhöhen? Das wäre etwas zu arge Schickalshuberei!

Als Theater und Konzert können besteuert werden, das Haus wandte sich dann den Bier- und Schnapslokale zu und sofort schwenkten alle konservativen und liberalen Patrioten wieder in die Opposition. Genosse Schütz setzte in längerer Rede ebenfalls auseinander, daß gerade jetzt nicht der geeignete Augenblick sei, die Gastwirtschaften mit neuen Steuern zu belasten, da sie von den alten genug abgekriegt hätten. Auch verwies er auf eine Anzahl irrlicher Annahmen in der Begründung des Magistrats. Gatten schon die Worte des Stadtverordneten Schütz lebhaften Widerspruch im gestülften Zuhörerraum gefunden, so sekundierten die Gastwirte ihren Obermeister Weide gleich nach den ersten Sätzen so lebhaft, daß sie der Vorkeser zur Ruhe ermahnte. Herr Weide führte alle Gegenstände der Gastwirte in einer lebhaften Rede ins Feld und wir konnten mit Vergnügen bemerken, wie wild ein Spießbürger wird, wenn seine allergeringsten Interessen in Frage kommen. Daß Herr Weide seine schärfsten Wendungen dabei ausgerechnet auf den Kammerer persönlich richtete, der in diesem Falle doch nur seine amtliche Pflicht erfüllt, war nicht einmal gentlemanlike. Als letzter Redner vor der Vertagung der Sache kam noch Herr Pastor Mitschke an die Reihe, der auch Ablehnung der Vorlage beantragte, die Gelegenheit aber dann zu einem etwas konfusen politischen Exkurs benutzte, aus dem nur eine Wendung verständlich war und die war — gesunkert. Er schob dem Genossen Schütz die unsinnige Meinerung in die Schuhe, „er sei eher für die Beibehaltung einiger Sänapskonzeptionen, als für die Beibehaltung des biblischen Unterrichts“. Schütz nagelte ihn sofort in einer persönlichen Bemerkung darauf fest, daß seine Meinerung davon handelte: er sehe lieber die Belehrung über den Alkoholmißbrauch in der Schule als Bet- und Bibelstunden. Bei der Gelegenheit konnte man beobachten, wie leicht Fanatismus in Falschheit umschlagen kann. Trotz sofortiger Berichtigung, die außer vielen anderen vom Alterspräsidenten Ehrlich und dem konservativen Stadtvater Heymann bestätigt und durch den Hinweis auf das amtliche Stenogramm bekräftigt wurde, bleibt Herr Herchel einfach bei der Behauptung, Schütz habe den Mitschkeschen Unsinn gesagt. Liegt Herrn Herchel soviel daran, aus der Reihe unserer ehrlichen Gegner in die der unehrlichen veretzt zu werden?

Die Vorlagen gehen voraussichtlich allesamt an den Staatsausschuß, bis zu einer Abkündigung kam es gestern noch nicht, wie wir hören, soll die Weiterberatung nach Weihnachten stattfinden.

### Kanalgebühren.

Stadtv. Neulirch (Soz.):

Wir sind überzeugt davon, daß die Hausbesitzer die höhere Kanalgebühr tragen können. Es ist richtig, daß die Kanalisation auch eine Einrichtung ist, die im Interesse der öffentlichen Gesundheit liegt; aber den größten Vorteil von ihr haben doch die Hausbesitzer, deren Besitz dadurch im Wert ganz bedeutend gestiegen ist. Es ist deshalb nur gerecht und billig, sie zu den Kosten der Kanalisation besteuern zu lassen. Dabei muß erwähnt werden, daß die Kanalisation in den letzten Jahren für 17 Millionen Mark errichtet worden ist, die Hausbesitzer jedoch bis zum Jahre 1895 nicht einen Pfennig dazu gezahlt haben. Es ist ihnen also

fast 20 Jahre hindurch ein großes Geschenk gemacht worden. Die Mühsal darauf ist es durchaus gerechtfertigt, jetzt den Hausbesitzern die Kosten der Kanalisation zu drei Vierteln zu lasten. Uebrigens hat das Kommunalabgabengesetz vom Jahre 1893 den Magistrat gezwungen, die Kanalgebühr einzuführen. Dasselbe ist auch in den anderen Städten mit Kanalisation geschehen, nur hat man dort die Hausbesitzer zu höheren Gebühren als in Breslau verpflichtet. Es ist gesagt worden, der Wegfall der Schlachtsteuer komme allen Einwohnern zu gute, weshalb es auch notwendig sei, die neuen Steuern von allen gleichmäßig aufbringen zu lassen. Da muß doch betont werden, daß die Schlachtsteuer eine überaus ungerechte indirekte Steuer ist, die das arbeitende Volk viel härter als die Reichen trifft. Ein Arbeiterhaushalt, der wöchentlich nur ein Pfund Fleisch verbraucht, muß dafür jährlich 5 Mk. Schlachtsteuer zahlen. Wenn man nicht, wofür wie grundätzlich eintreten, den Einnahmefall durch Zuschläge zur Einkommensteuer decken will, bleibt nichts anderes übrig, als auch die Kanalgebühren zu erhöhen. Wie werden wir dafür stimmen. (Bravo! bei den Soz.)

Stadtv. Dertel (Lib.): Die Schlachtsteuer wird im Interesse der Allgemeinheit abgeschafft, also muß auch die Kanalgebühr der Allgemeinheit lasten. Es frage sich, ob der Grundbesitz überhaupt noch mehr Lasten tragen könne. Die Lage des Grundbesitzes sei eine trostlose. 6890 Wohnungen stehen in Breslau leer. Das bedeute drei Millionen Mark Mietsverlust. Daran sei die Ueberproduktion von Häusern schuld. Infolge der erhöhten Arbeitslöhne und der erhöhten Ansprüche der Mieter seien die Mietpreise und Unterhaltungskosten der Häuser sehr gestiegen. Der Grundbesitz ist bereits belastet worden durch die Grund- und Gebäudesteuer, die Umsatzsteuer, die Wertgegenstandssteuer und wenn das so weiter gehen soll kommt das einer Konfiskation des Privatbesitzes gleich. Nebenher schlägt vor, statt erhöhter Kanalgebühren einen Pfasterzoll zu erheben, weil das Pfaster nicht von den Fußgänger und nicht von den Hausbesitzern, sondern von den Fuhrwerken lastet gemacht wird. Kammerer Matthes: Wir dürfen auch nicht vergessen, inwieweit nämlich die Mieten in den letzten Jahren in die Höhe gegangen sind (Unruhe bei den Hausbesitzern) und welche Wertsteigerung die Grundstücke erfahren haben. Wir haben uns bei der Suche nach Ersatzsteuern im Rahmen der Gesetzgebung gehalten. Ein Pfasterzoll ist in Preußen nicht zulässig.

Stadtv. Finger (Soz.): Von dem Grundbesitz, gute und billige Wohnungen zu schaffen, weicht der Magistrat jetzt ab, indem er uns diese Vorlage macht. Das Steigen der Mieten und der Grundstückspreise sei zu vermeiden, aber die Rentabilität der Häuser sei trotzdem zurückgegangen. Es sei nicht möglich, die Mieten um so wenige Groschen mehr zu steigern als die erhöhten Kanalgebühren ausmachen, die Werte würden darüber hinaus die Mietpreise erheblich höher setzen. Früher bestanden sich die Mieter im Hofe und die Abwässer mußten auch die Mieter selbst und nicht der Mieter zahlen. Die Kanalisation sei also mehr den Mietern und der Allgemeinheit als den Mietern zugute gekommen.

Dr. Nemann (Soz.) befreit, daß die Mieten in den letzten Jahren gestiegen sind und bemängelt die zu rasche Amortisation für das Kanalnetz. Die Hausbesitzer würden dadurch geschädigt, während die Stadt in kurzer Zeit zu einer schuldenfreien Kanalisation kommen würde.

Stadtv. Dertel (Lib.) befreit ebenfalls, daß die Mieten in Breslau gestiegen sind. Für einen Pfasterzoll werde der Magistrat schon die Genehmigung der Regierung erlangen.

Kammerer Matthes: Es läßt sich doch nicht wegdisputieren, daß die Mieten gestiegen sind. Das ist doch auch der allgemeine Eindruck. Die Hausbesitzer haben 20 Jahre lang für die Kanalisation gar nichts gezahlt und der Stadt allein die Tilgung überlassen.

Oberbürgermeister Dr. Bender: Die Erhöhung der Kanalgebühren ist für uns jetzt das kleinere Übel. Die Mieten sind gestiegen und wenn sie nicht mehr gestiegen sind, dann nur infolge des Mangel an Wohnungen. Wenn zu wenig gebaut wird, kommen die Behörden und drängen, daß Wohnungen geschaffen werden. Zu gut kommt in Breslau der neue Grundbesitz weg, der alle Vorteile vorstreckt, zu denen er nichts beigetragen hat.

Stadtv. Brinke (Soz.): Ich habe die Mieten in meinem Hause seit dreizehn Jahren nicht gesteuert, die Lasten sind aber um das Doppelte gestiegen. Trotzdem wird mir sogar von meinen Gesinnungsgenossen an den Kopf geworfen, daß ich zu sehr an die Hausbesitzerinteressen und zu wenig an die Interessen der Allgemeinheit dachte.

### Luftarbeitssteuer.

Stadtv. Weide (Soz.) wünscht, daß gelegentlich der Reform der Luftarbeitssteuer eine Veränderung in bezug auf die Besteuerung der Luftkautomaten eintritt. Statt wie bisher 60 Mark für jeden Automaten, solle die Steuer künftig nur nach dem Anschaffungswert erhoben werden. Redner wendet sich

## Kunst, Wissenschaft und Technik.

Die Venus am hellen Tage sichtbar. Ein eigenartiges Tagesgestirn wurde Mittwoch in Rom beobachtet. Von Mittag an war an hellem Tage der Planet Venus deutlich zu sehen. Das Volk stand auf den Straßen und offenen Plätzen und blickte bewundernd zu dem hellstrahlenden Stern auf. Ein Ähnliches ereignete sich im Jahre 1871 in Rom, und auch im Jahre 1800, als Napoleon in den italienischen Feldzug zog, erschien am Tage seiner Abreise aus Paris die Venus am helllichten Tage am Himmel. Da die Venus in den astrologischen Kalendern die Zahl zwei hat, so bestirmt das abergläubische Volk in Rom die Votivgabenstellen, um ihre letzten Lira auf diese Zahl zu setzen.

Von der Wachspflanze. Es sind neuerdings Zweifel über das Alter und die Herkunft einer Wachsbüste aufgetaucht, die Generaldirektor Bode kürzlich zum Preise von 100.000 Mark für das Kaiser Friedrich-Museum in Berlin von dem Londoner Kunsthändler Murray-Marks erwarb. Seit wie Bode annahm, mit einem Meisterwerk von der Hand Lionarbo's oder doch zum mindesten einer Kunstschöpfung seiner Zeit sollen wir es nur mit der Arbeit eines bisher ganz unbekannten Engländers des vorigen Jahrhunderts, namens Lukas, zu tun haben. Ein Kunstliebhaber, der sich jahrelang ausschließlich dem Studium und der Sammlung von Wachsarbeiten widmete, erklart sich aus diesem Anlaß in der „Frankf. Ztg.“ das Wort zu folgenden allgemeinen Ausführungen: Die ältesten Wachsarbeiten, welche uns erhalten sind, bestehen aus einer goldgelben Masse, die in ihren bald helleren bald dunkleren Nuancen große Ähnlichkeit mit dem Bernstein aufweist. Köpfe und Hände von Madonnenfiguren (deren Körper meist nur aus einem rohen Knetmasse bestanden, der von kostbaren Gemälden bekleidet wurde) sind uns noch vielfach erhalten. Auch Jesuskindern im jugendlichen Stadium (sogenannte Bambino), aus denen ein räuberisches Gesicht mit gläsernen Herbart, begegnet man vielfach; aber auch wunderbaren Reliefplastiken mit mythologischen und religiösen Motiven. Diese farbigen, vom hellsten Blau bis ins tiefste Blau übergehenden Wachsarbeiten sind Kunstwerke und von einer glänzenden Natur umhüllt, die dem Stein an den alten Gemälden gleicht. Mit dem Hammer zerhacken, spritzt sich alt- und junges Glas; im Feuer schmilzt es zwar, wie aber an der Luft sofort wieder festhart. Da die alten Wachsbüste an der Luft sofort wieder festhart, kann man das Wachsbildnis in der Hand halten, ohne daß es sich auflöst. Diese ältesten Wachspflanzten reihen sich diejenigen der Renaissance an. Sie sind im Gegensatz zu jenen meistens aus farbigen Tonen zusammen-

gesetzt. Über auch dieses farbige Wachs heißt einen wunderbar durchsichtigen Ton. Niemals aber ist das Wachs (ebenfalls an eine künstlichen Arbeit jener Zeit) von außen farbige bemalt, sondern die verschiedenen Partien bestehen aus verschiedenen farbigen Wachsböden. (Die Berliner Dionardo-Büste ist bemalt, Dr. Med.) So fand Schreiber dieses vor Jahren die lebensgroße Porträtbüste eines italienischen Kardinals der Renaissance, bei der die Fleischmassen aus ungefüßtem blonden Wachs bestanden, Augen, Haare, Gewand aber aus schwarzem, weißem und purpurfarbenen Wachs. Viel später, gegen Ende des 18. Jahrhunderts, wurde dann das Arbeiten mit Wachs wieder Mode und wir besitzen noch einen Brief Goethes aus Jtalien, in dem er voll Entzücken von dieser künstlerischen Bewegung spricht. Es sind damals manche Meisterwerke entstanden (hauptsächlich Porzellan in Marzufformat), aber das Geheimnis der Zusammenfügung einer leuchtenden Wachsmasse der Gotik und Renaissance wurde trotz eifriger Nachforschungen, die sich von jenen Zeiten bis auf heute erstrecken, nicht wiedergefunden und alle Wachsarbeiten des 18. bis 20. Jahrhunderts wiesen einen stumpfen, undurchsichtigen Ton auf.

Ein neuer Reize der Urzeit aufgefunden. Aus New York wird berichtet: Prof. Brown, der nach einer längeren Forschungsreise für das amerikanische naturhistorische Museum jetzt nach New York zurückgekehrt ist, hat in Montana das Skelet einer bisher unbekanntem Art des Dinosauriers entdeckt, die Gebirge eines Graptoliten. Die versteinerten Reste lagen in einer geologischen Schicht, deren Alter die Gelehrten auf gegen 3 Millionen Jahre schätzen. Der Fund umfaßt auch die Hüftknochen und den größten Teil der gewöhnlichen Wirbelsäule des Sauriers, dagegen fehlen Schädel und Vorderbeine. Das Skelet wird nach der Vergamung zusammengeleitet und noch im Laufe dieses Winters im naturhistorischen Museum aufgestellt werden. Prof. Brown fand auch die Reste eines kleineren Sauriers, dessen Art in der Forschung bislang fremd geblieben war.

### Aus aller Welt.

Riesengasometer. Die Katastrophe auf der neuen Hamburger Gasanstalt legt die Frage nahe, ob mit der Errichtung großer Gasometer überhaupt besondere Gefahren verbunden sind. Während früher die Gasbehälter auch der bedeutendsten Anstalten nicht über bescheidene Größen hinausgingen, sind jetzt etwa 25 Jahren wahre Riesenspeicher gebaut worden und immer mehr in die Höhe gekommen. Die größten Berliner Gasometer fallen auch heute noch nicht über 80.000 Kubikmeter, und es sind schon ganz kolossale Gebäude zu ihrer Aufnahme nötig. In England

und besonders in London aber sind seit den achtziger Jahren viele Gasbehälter weit über 100.000 Kubikmeter groß errichtet worden. Sie sind unergreiflich billiger zu bauen und erfordern einfachere Bekannung und Ueberwachung, als eine Reihe von kleineren. Daher ihre Beliebtheit. Der größte bestehende Gasometer bürste ein sechsstöckiger, das heißt aus sechs zylinderförmig ineinander schließbaren Gliedern bestehender Behälter in fünf Gliedern sein, der 90 Meter Durchmesser und etwa 65 Meter Höhe in gefülltem Zustande besitzt. Alle diese englischen Riesengasometer haben keine Säulen, sie sind unbedeckt und bestehen ganz aus Eisen, sind also unterirdisch. Nun ist bei der Hamburger Katastrophe von einer Explosion gesprochen worden. Das dürfte auf unzureichender Verankerung beruhen. Gasbehälter „erplodieren“ nicht, auch wenn sie besitzen. Das überzeugendste Experiment, das der Erfinder der Gasbeleuchtung seinen zweifelnden Zeitgenossen vorzuführen war, daß er die Hand des Behälters mit der Spitzhade durchschlug und das ausströmende Gas mit einer Fackel entzündete. Wenn die Gasblase von einem Gebäude umgeben ist, so können sich bei Unachtsamkeit und unrichtigem Verhalten in dem Gebäude explodierende Mischungen bilden. Aber die Hamburger Gasometer scheinen, wie die englischen, frei stehen zu haben. Wenn benachbarte Häuser so nahe liegen, daß die ausströmenden Gase bei besterem Verhalten teilweise erfüllen, so ist auch in ihnen eine Explosion möglich, die sich dann als Zerstörung auf den Gasometer fortpflanzen kann. Dieser selbst aber kann immer nur leuchtend sein und die nächstliegenden Personen durch Stickstoffmangel bedrohen. Um einen solchen Zusammenhang scheint es sich in Hamburg zu handeln. Es ist aber unrichtig, dann von einer Explosion der Gasometer zu sprechen und damit weitere Kreise in Schrecken zu setzen. Aber man sollte die Hamburger Katastrophe allerdings zum Anlaß nehmen, nicht andere Gebäude allzu nahe an Gasbehälter zu bauen, um sie vor der Gefahr einer Anfüllung mit Gas bei schadhafte werdendem Behälter zu bewahren.

Menschentum durch Jüdens Bitten. Trotz des immer weiteren Fortschritts der englischen Eisenbahnen und Landstraßen in Indien und trotzdem das Zuchtengel immer mehr gelichtet wird, geht die Zahl der durch reisende Tiere getöteten Personen keine Abnahme. Die bekannte englische medizinische Zeitschrift „The Lancet“ veröffentlicht eine Statistik, aus der hervorgeht, daß die Bitten im letzten Jahre 2168 erreichte, eine Zunahme von 200 Fällen im Vergleich zu 1907. Im Vergleich allein Mieten die Tiger etwa 100 Personen mehr, während die Buren in den Zentralprovinzen und Berar 64 betrug. Im Chundabaili stele ein einziger Tiger 19 Menschen, die er erlegt wurde, während in Andhra und Berar eine 65 anbrachten — was beinahe die doppelte Bitten des vorhergehenden Jahres betrug.

Während der Gastwirt sich anhalten mußte, wie in der Nachbarschaft in Privatwohnungen den ganzen Tag Klavier gespielt werde, sollten die Wirte dafür Steuern zahlen.

**Stadt. Heymann (Soz.):**

Ich wende mich vor allem gegen die Billettsteuer, die ich für völlig verfehlt und überflüssig halte. Im Ausland ist man seiner Zeit mit den Vorstellungen gänzlich festzuhalten; trotzdem kommt man mit dieser Verlage! Es ist deshalb oberflächlich zurechtgefunden, nach bösen Vorurteilen, und trifft in erster Linie die Theater, also Bildungsinstitute. Unser Theater aber reüssieren nicht, stehen vielmehr fast alle vor der Pleite. Und anstatt mehr Leute hineinzuwerden, treibt man mit der Steuer die wenigen noch heraus! (Sehr richtig!) Ohne jede Sachkenntnis hat man die Vorlage irgendwo abgeschrieben und dabei ganz übersehen, daß in den hier angeführten Städten die Theater weit besser florieren als hier. In der Stadttheater zum Beispiel lebt nur vom Abonnements. Daraus erhält der Direktor am Anfang der Saison den nötigen Betriebsfonds. Nun soll die Steuer nicht vom Abonnements, sondern vom Tagespreis erhoben werden. Der Abonnent hat somit 17 mal 25 Pf. gleich 4.25 Mark mehr zu zahlen als bisher. Das wird viele vom Abonnements zurückführen. Noch trauriger ist im Thalia Theater. Dort werden Plätze zu 75 Pf., Serien zu 4.50 Mark ausgegeben, hierfür dann der Besucher 60 Pf. Steuer zahlen soll, also fast so viel, wie für eine Vorstellung Eintrittspreis! Betroffen werden aber auch die Vereiner und die Arbeiter-Vorstellungen. Dagegen gilt es auch schärfste zu protestieren. Mit Hilfe dieser Vorstellungen hat unter Sozialdemokratischer Verein zum Beispiel seit 1894 über 250.000 Arbeiter und Arbeiterfrauen wahre, echte Kunst vernommen, hat ihnen Bildungsmittel ausgeführt. Denn wir lassen dort nur gute Werke aufführen, wie Sie aus dem Repertoire ziehen können. So kamen bei uns zu Worte: Goethe zweimal, Schiller zweimal, Lessing zweimal, Hebbel einmal, Schopenhauer einmal, Sudermann dreimal, Grillparzer einmal, Salbe einmal, Schiller einmal, Hebbel zweimal, Verdi dreimal, Weber einmal, Rossini zweimal, Mozart einmal, Adam zweimal.

Wollen Sie uns diese Maßnahme, den Armen gute Dramatische und musikalische Werke zu bieten, gewissamen nehmen? Auch der Arbeiter-Verein, dem wir schon jetzt 2000 Mark Zuschuß zahlen müssen, kommt nie auf seine Kosten. Wollen Sie den auch mitbesteuern? Es ist schon so: Diese Billettsteuer ist eine Schatzsteuer für die Theater. (Sehr richtig!) Selbst wenn Sie bis auf 3-5 Prozent heruntersetzen, wenn Sie den noch? Nur die Theater! Denn die Arbeiter-Vereine werden sich schon zu helfen wissen, werden schon Auswege finden. Schon jetzt müssen die Theater ins Warenhaus flüchten. Was soll erst werden, wenn die Steuer mehr? Wir haben schon genug unter der Zensur zu leiden, beschneiden Sie deshalb das Theater nicht noch mit einer Steuer. Darum sage ich: Fort mit dieser Unbilligkeit! Fort mit der Billettsteuer! (Bravo! bei den Soz.)

**Stadt. Ulenborf (Vollst.):** Ich habe mich früher schon im Prinzip gegen eine solche Steuer gewandt und meine auch jetzt, man soll es sich noch einmal reichlich überlegen, ob man sie einführt. Die Begründung der Steuer durch den Magistrat ist einer strengen Prüfung nicht gewachsen. Nur eine kleine Anzahl von Städten haben bisher diese Steuer. Dort stehen die Theater aber auf einer ganz anderen Grundlage; sie werden subventioniert, oder die Direktoren beziehen festes Gehalt ufm. Die Dresdener Theater sind nach allen Erfahrungen nicht in der Lage, eine solche Steuer zu tragen. Wir haben erst das Schulgeld erhöht, dafür ist zwar auch gestimmt habe, was ich aber bedauere. Das Theater ist ein Bildungsinstitut ersten Ranges; es ist eine Schule für Erwachsene, und wenn wir jetzt den Besuch verweigern, wenn wir auf dem Wege, auch den Besuch von Bildergalerien, Museen usw. zu verweigern. Die Kunst ist da, was sich an ihr zu erheben und neue Kräfte zu sammeln für die Arbeit. Die vorgeschlagene Steuer trifft überhaupt nur das Theater. Da kann man mit Recht an einen ruhmreichen Kollegen des Bürgermeisters erinnern, an Herrlich von Alben (Stürmische Weltzeitung), der für das Theater nicht bloß keine Steuer erhob, sondern den bestmöglichen Leuten sogar das Geld zurückstellte. (Auf des Stadt. Herschel: Wohl an Aspasia?)

**Kammerer Matthias:** Wenn wir 20 Prozent unserer Einnahmen für Bildungszwecke aufgeben, kann man nicht nachfragen, wie sich die Bildungsbildlich. In welchem Bedauern werden wir nur das Minimum von Schulbildung unentgeltlich geben können, solange wir leben. Sollen unsere Ausgaben für Theater nur aus öffentlichen Mitteln bezahlt werden oder sollen zu einem geringen Teile auch die dazu beitragen, die den Nutzen haben? Die Theater erheben uns auch die Polizeikommission. In jeder Vorstellung sind mehrere Hunderte anwesend, wie in jeder Versammlung. (Zuruf: Ganz billigschmeißer.) Nein, ich halte das nicht für überflüssig, es geschieht im ordnungspolitischen Sinne und im Interesse der Sicherheit. Ich bin überzeugt, daß nicht fünf Prozent der Theaterbesucher dahin gehen, um ihre Bildung zu bereichern, die anderen gehen hin um den Abend angenehm zu verbringen. Die neue Literatur mit ihren schwereren sozialen Problemen findet man höchstens in zwei Nachmittagsvorstellungen (Zuruf: In Arbeitervorstellungen.) während das „Himmelstempel“ und andere leichte Stücke am Abend das Theater füllen. Und, lassen wir unteruchen, wo ein höheres Kunstinteresse vorliegt, damit versehen Sie uns. (Bravo! bei den Konventionen und Konventionen.)

**Stadt. Gehlich II (Ab.):** Ich will nicht so großes Geschick gegen die Vorlage aufbringen, wie die anderen Herren. Ich bin auch kein Kunstbonnie und trotzdem bin ich für die Steuer. (Zuruf: Bravo!) Herr Heymann sprach hier von den Billetts, die 4 Mk. kosten. Und, die zwei Mark und mehr für ein Theaterbilletts anzugeben, können auch eine kleine Mehrbelastung ertragen. Auch trotz der Vollst. vorstellungen kann die Steuer angenommen werden. Sie soll je erst bei 5 Pf. beantragen und für 50 Pf. kann man davon so seine Kunstbedürfnisse betriebligen wie für 75 Pf. Beim Orchesterverein ist ja das höhere Kunstinteresse als selbstverständlich gegeben. Er scheidet aus und bildet so auch keinen Grund gegen die Steuer.

**Kammerer Matthias:** Ich halte nur Opera für Kunst. Opern sind auch Kunst, aber keine solche, die wir nicht verstehen können. Für die Kinematographen sollten wir noch eine besondere Annahme einführen. Hier kann das Billett zu 20 Pf. schon 5 Pf. Steuern kosten. (Sehr richtig.)

**Stadt. Heis (fr. Vollst.):** Ich habe einen Antrag, wonach die Billettsteuer 10 Prozent des Eintrittsgeldes betragen und bei Theatern nur soweit erhoben werden soll, als das Billett mehr als 50 Pf. kostet. Er bezieht den Antrag mit der Absicht der Kinematographen befreieren.

**Stadt. Dr. Reifler (Ab.):** Ich gegen die Magistratsvorlage. Man dürfe nicht die bekennen, die das Theater geben, sondern wählen die, die nicht hineinreichen. (Zuruf: Bravo!) Wenn Stadt. Gehlich II gesagt habe, man müsse alles verhindern, weil man nicht unterlassen darf, wo das höhere Kunstinteresse beginnt, dann sage er, aus dem gleichen Grunde dürfe überhaupt keine solche Steuer eingeführt werden.

**Konzeptionssteuer.**

**Stadt. Johs:** Es ist schon so viel gesagt worden über die Belastung der Grundstücke. Ich halte es für die Ungerechtigkeit gemacht wurde, haben die Grundbesitzer mitgehört. Gewissermaßen ist der Beschlusse der Grundbesitzer, zu einer Konzeptionssteuer einzustimmen. Der Magistrat der Grundbesitzer hat in den letzten Jahren sehr nachgedacht. Eine solche Steuer wird sich einmal schwer machen. Als Ersatz schlägt Herr Dr. Reifler einen Biersteuerzuschuß vor, weil die Straßen von Becken durch anstrengendes Schmelzen, insbesondere durch Frostwetter, zersinken werden.

**Stadt. Schatz (Soz.)**

Ich kann dem Wünsche der Herren Vorredner nicht nachkommen. Nicht um uns auszusprechen, sondern um unsere Bedenken zu äußern, sind wir hier, auch kann er sich mit der Vorlage in dieser Form nicht befassen. Gerade diese Vorlage fordert die Kritik heraus, bei den neu einzuführenden Steuern müssen sowohl

die Vorteile, als auch die entstehenden Nachteile erwogen werden. Die Vorteile dieser neuen Steuern stehen aber im ungünstigen Verhältnis zu ihrer Wirkung. Der Magistrat sagt: Die Erteilung einer Konzessionsbescheinigung stellt hier dem Inhaber einen gänzlich unverbildeten „Vermerkensvorsatz“ dar, insofern der Vorfall des § 33 der Reichsgewerbeordnung sei dieses Gewerbe in Verbindung mit dem Ortsstatut von 1907 vor der freien Konkurrenz geschützt. In dieser allgemeinen Fassung kann ich diesen Satz nicht gelten lassen, in der Theorie mag er passieren, in der Praxis aber ist es anders. Der Inhaber des § 33 der R.-G.-O. ist nur berechtigt, wenn die Konzessionen nach Bedürfnis erteilt werden. Dieser Zustand aber besteht nach nicht. Bei uns bestehen weit über das Bedürfnis hinaus halbe Konzessionen, die Inhaber dieser aber verkaufen oft mehr verlustlos als die mit voller Konzession. Denken Sie an die unzähligen Geschäfte, die den Gastwirten eine nicht zu unterschätzende Konkurrenz bereiten. Umfragen von Mann werden von privaten Vereinigungen, die diesen angeht zum Selbstkostenpreise abgeben, verkauft. Anstatt dieser nicht zu leugnenden Tatsache ist es schwer, von einem vor freier Konkurrenz geschützten Geschäftsbetrieb zu sprechen. Auch die in der Vorlage angegebenen Bistern, welche den reinen Wert einer vollen Konzessionsbescheinigung darstellen, sind doch nur rein willkürliche Schätzungen und unzulässig ohne weiteres übertragbar. Die behauptete Wertsteigerung der Grundstücke kommt doch nur jenen Gastwirten zugute, die selbst Hausbesitzer sind. Während der Wirt wird von Hausbesitzer das Leben schwer gemacht. Die als unfähig behauptete Tatsache, daß in den drei letzten Jahren zahlreiche Übertragungen stattgefunden haben, ist auf das Ortsstatut von 1907 zurückzuführen. Bei Einführung der Wertzuwachssteuer können wir ähnliches beobachten. Der Magistrat will einen Teil des unverbildeten Vermögensgewinnes der Allgemeinheit zuführen und glaubt gleichzeitig eine Einschränkung des Potholmishbrauchs herbeizuführen. Nebenbei soll durch Zulassung leistungsfähiger Personen der ganze Stand gehoben werden.

Ob auf diesem Wege der Alkoholmishbrauch wirksam bekämpft werden kann, ist mehr als fraglich. Wir ist jedes Mittel zur Bekämpfung des Alkoholmishbrauchs genehm, aber durch die Einführung einiger Läden erreicht man dieses Ziel nicht, sondern durch Aufklärung, die schon in der Schule beginnen sollte. Dem Kinde müssen die Gefahren, die im Alkoholmishbrauch liegen, klargestellt werden, selbst wenn einige Bibel- oder Katechismusstunden folgedessen weniger erteilt würden. (Zuruf: Bravo!) Die Beurteilung der Frage, ob die kapitalistischen Personen dieses Standes immer jünger werden, überlasse ich der Beurteilung der Interessenten. Die vom Magistrat vorgeschlagenen Steueränderungen sind die vom Gesetz zulässigen Höchstätze. Jedemfalls ist es ungerecht, die Klassifizierung nach Steuerarten vorzunehmen, da innerhalb dieser doch eine Straffung besteht. Die Gewerbesteuerstufe IV beginnt mit einer Steuer von 4 Mark und endet mit einer solchen von 36 Mark. Bei der Konzeptionssteuer aber werden alle zur Gewerbesteuerguppe IV Gehörigen mit einer Steuer von 1200 Mark belegt.

Die Gastwirte sollen also in Zukunft zur Einkommensteuer, der Stempel- und Betriebssteuer auch noch die Konzessionssteuer bezahlen. Der niedrigste Steuerfuß beträgt 600 Mark, er muß auch nach § 2 der Steuerordnung bei einer Erweiterung einer bisher beschränkten Erlaubnis bezahlt werden. Aber ist ein Geschäft, das sehr oft einen Wert von weniger als 1200 Mark repräsentiert, 600 Mark Steuer zu fordern, ist etwas hart. Das heißt, daß drei Viertel aller Lokalhaber mit halber Konzession im Moment der Erweiterung derselben zahlungspflichtig, also steuern sind. Aber nur wenige sind steuerfrei, alle die Gewerbesteuer zahlen, haben mindestens 1200 Mark zu entrichten. Den großen Erlösen, die Düsseldorf mit 103.000 Mark und Kiel mit 91.000 Mark Ertrag im letzten Jahre erzielt hat, lassen sich andere Orte mit weniger günstigen Bistern gegenüberstellen. So hat im Jahre 1908 90.000 Mark in den Etat eingestellt, aber nur 23.000 Mark vereinnahmt. Im laufenden Jahre sind 40.000 Mark einkassiert, es ist aber fraglich, ob die Hälfte einkommen wird. Wenn Landgemeinden diese Steuer seit 1906 erheben, so ist das erklärlich. Da nun einmal Ausgaben zu bestreiten sind und die Herren Junter und Ugarter sich vor dem Steuerzahler mit Hilfe von zu diesem Zweck errichteten Rechnungsbureaus drücken, so mußte man sich nach Einnahmequellen umsehen. Es wäre aber verkehrt, die ländlichen Verhältnisse mit den hiesigen in Vergleich zu stellen. Die Neuordnung, die 1912 in Kraft tritt, hat allerdings das eine Gute an sich, daß die polizeiliche Schilanzierung aufgehört. Der Zusatz VIII wird hoffentlich diese Steuer ablehnen, als Ersatz brauchen wir nur die Wertzuwachssteuer, die seinerzeit von dieser Versammlung entgegen dem Vorworte des Magistrats in so arger Weise verhuzt wurde, weiter auszubauen. Und da ja von der Rechten gesagt wurde, daß die Lasten alle tragen sollen, so müssen eben die Zuschläge zur Einkommensteuer danach bemessen werden. (Bravo! bei den Soz.)

**Kammerer Matthias:** Die Steuer hat sich in Dutzenden von Orten bereits bewährt. Es ist verwerflich, daß gerade von denen dagegen Sturm gelaufen wird, die im größten Vorteil davon haben, von den gewöhnlichen Konzessionsinhabern. Wenn gesagt wurde, die Steuer gebe kein Monopol, dann muß doch darauf verwiesen werden, wie Wirt, Hausbesitzer, Pausente und selbst die Goldarbeiter sich bemühen, um die Konzession für irgend ein Lokal zu erlangen. Eine solche Konzession steht auf dem gleichen Fuße mit einem unverbildeten Wertzuwachs und kann veräußert werden.

**Stadt. Reibe (kon.):** Ich bedauere, daß der Herr Kammerer nicht Gastwirt geworden ist. (Bravo der Gastwirte im Zubehörraum.) Der Vorredner erwahnt, die ruhigen Verhandlungen nicht zu führen. Durch die Steuerpolitik der letzten Jahre wurden die Gastwirte am meisten mitgenommen. Der Kammerer man die Not der Wirt nicht beurteilen können, aber ich kann sie beurteilen. Kein Tag vergeht, ohne daß nicht eine Anzahl Bittgesuche einkommen. Alle, welche mit Ausnahme der Arbeiter, haben in den letzten Jahren mehr Gehalt bekommen. Würde es der Kammerer auch als wohlwollend empfinden, wenn ich ihm 5000 Mark vom Gehalt abhandeln wollte? Die Erhöhung des Hoffesgeldes, die Lohnsteuersteuer, die Erhöhung des Gaspreises, alles das sind Dinge, die den Gastwirt ohnehin belasten. Wenn man sage, man wolle bessere Elemente in den Gastwirtsstand hineinbekommen, warum lasse man da nicht Wirt als Sachverständige zu bei Konzessionsverteilungen. Der Herr Kammerer hat nicht einen einzigen Hinweis unter den Gastwirten. Außer Sellern, Köben und Hoffens, die sich mühsam soviel erdant haben, um eine Wirtschaft zu übernehmen, um das nur noch Leute, die in ihrem Beruf zu Gewerkschaften gehören, und die mit ihren geringen Renten nicht auskommen können und denen soll es nun unmöglich gemacht werden, im Gastwirtsberufe weiterzukommen. Mit Stillsitzen im Süden ist Beschäftigung nicht zu vergleichen. Der Elden ist das Ziel der Hoffenden und die Inden dort doch nicht die Kirche, sondern die Gastwirtsstände sind. Wenn die Konzessionen so viel wert sind, dann mag sie doch die Stadt alle an sich ziehen. Wenn man sich fürchtet, den Einkommenszuschlag zu erhöhen, weil da die reichen Leute fortziehen, dann behauptet er, die reichen Leute ziehen „owieso“ fort, wenn sie von Dresden das Image gezogen haben, insbesondere, sobald sie die Dresdener Schulen für ihre Kinder nicht mehr branden.

**Überwägermeister Dr. Decker:** Sie sollten doch hier den Kammerer nicht allein für das verantwortlich machen, was der Magistrat getan hat. Der Magistrat ist nicht zu machen, das ist aller guter Brand. (Zuruf: Bravo!) Es ist ja dargestellt worden, als wollten wir den Stand der Gastwirte zerstören. Die Gastwirte werden leben und vielleicht besser leben, wenn die Steuer eingeführt wird. Es ist doch kein Verzug für den Gastwirtsstand, wenn so viele geachtete Erfahrungen sich ihm zuwenden. Es mag einem einem Kellner schwer werden, die Steuer zu erbringen, aber wenn er sie erbringen hat, ist es für ihn ein Vorteil. Darüber, daß wir alle Konzessionsnehmer sein sollen, läßt sich reden, aber nicht hier, sondern im Reichstage. Ich glaube, daß wir kein schlechtes Geschäft damit machen würden. Herr Schatz hat als Ersatz für die Schatzsteuer einen Ausbau der Wertzuwachssteuer empfohlen. Wenn Herren, dann mag Ihre

Partei dafür eintrifft, daß die Wertzuwachssteuer den Gemeinden nicht mit Extra abgenommen wird. (Sozialdemokratische Zurufe: Das tun wir ja.) Wir haben ja bald Preussentag. Wahren Sie die Gemeindefreihheit, indem Sie diese Steuer den Gemeinden zu erhalten trachten. Für jedes dritte, vierte Haus, das gebaut wird, wird auch eine Konzession nachgeschickt. Und wie werden wir darum bestirmt. Da kann doch nicht gesagt werden, daß eine Konzession keinen Wert habe.

**Stadt. Müschke (Antikemil.):** Warum kann denn nicht in Landkreisen mit starkem Fremdenverkehr die Konzessionssteuer auch auf dem Dorfe eingeführt werden? (Sozialdemokratische Zurufe: Schatz! Schatz!) In Dresden hat man bei Abschaffung der Schatzsteuer auch eine Pflanzsteuer eingeführt; man nennt sie dort Bräutigamsoll. (Zuruf: Roland! Roland!) Ich bin bloß ausgegangen. Die Pflanzsteuer kann bleiben, es fragt sich bloß, ob die Erhebung nicht zu viel Unkosten macht. (Zuruf: Ja, das um handelt es sich eben! Selberheit.) Man kann ja alles ohne Kontrolle herinlassen und die Steuer beim Geschäftshändler erheben. Der Oberbürgermeister hat sich wieder nicht geschert, die Pflanz herinzulassen. Ich will da auf frühere Vorkommnisse erwidern, daß uns die neuen Steuern nicht in den Städten liegen. (Zuruf bei den Soz.: Well Sie Sie nicht bezahlet. Selberheit.) Wenn wir uns hier nun auch auf den Standpunkt stellen wollten, die Steuern sind „unpopulär“, wie bewilligen Sie nicht, wie es die Anke im Reichstage gemacht hat, was sollte denn da werden? Manches Wort, was der Oberbürgermeister gegen uns gesprochen hat, wäre besser nicht gesprochen worden. Der Stadtverordnete Schatz hat gesagt: Ehe er die Konzessionsbescheinigungen einbringt, lieber will er den Melationsunterricht in der Schule abschaffen. (Große Unruhe. Aufschreie: Ja, das hat er nicht wahr! Jetzt hat er schon wieder!) Das hat er gesagt. (Zurufe: Dieser Pastor bleibt beim Bügen!) Auch andere Herren hier haben das so verstanden. (Große Unruhe. Aufre: Die schwindeln genau so dreist, wie Pastor Müschke!)

Die nächste Sitzung der Stadtverordneten findet erst am 3. Januar 1910 statt, da an den beiden nächsten Donnerstagen, 23. und 30. Dezember, die Sitzungen ausfallen.

**\* Aufbesserung der städtischen Arbeiterlöhne.**

Wie verlautet, hat der Magistrat auf die gemeinsame Eingabe der Arbeiterausschüsse aller hiesigen Verwaltungen beschlossen, eine durchgehende Lohnzulage für alle städtischen Arbeiter zu bewilligen und dieselbe bis zum 1. Dezember 1909 rückwirkend zu bezahlen. Wenn diese Nachricht sich bestätigt, hätte der Magistrat die Zeit, während welcher die sozialdemokratische Interpellation im Stadtverordnetenrat verhandelt wurde, wenigstens in lobenswerter Weise ausgenutzt. Eine Weigerung, den Arbeitern das zu gewähren, was man den Beamten zuerkannt, war allerdings kaum möglich, ohne der Gerechtigkeit allzu stark ins Gesicht zu schlagen. Wir begrüßen also die Wirkung der Petition und der Interpellation mit Genugtuung.

**\* Die Schweinefleischpreise haben im Monat November schon wieder eine ganz unmotivierte Steigerung durchgemacht.**

Trotzdem das Angebot von Schweinen wieder erheblich höher war als im Vorjahre, sind die Preise für Schweinefleisch dennoch merklich in die Höhe gegangen. Der Auftrieb von Schweinen gestaltete sich nämlich im November dieses und der drei Vorjahre an 40 deutschen Schlachtviehmärkten in Stück, wie folgt: 1906: 368.717, 1907: 507.902, 1908: 426.745, 1909: 442.775.

Er war also nicht nur ein umfangreicherer als im Vorjahre, sondern geht auch bedeutend über den des November 1906 hinaus. Sogar im Vergleich zum Oktober ist eine Zunahme des Angebotes eingetreten, während 1908 und 1906 der Auftrieb abgenommen hatte. So wäre als Resultat der Preisrückgänge im Monat November angeführt dieser Entwicklung des Angebots eher ein Preisrückgang als eine erneute Steigerung zu erwarten gewesen. Statt dessen stellte sich der Preis für 1 Kilogramm Schweinefleisch im November durchschnittlich auf 1,70 Mark gegen 1,68 Mark im Oktober! So gering die Steigerung auch ist, so ist sie doch angesichts des so wie so schon sehr hohen Niveaus der Schweinefleischpreise recht empfindlich.

**\* Der Vorstand der Sterbekasse der Beamten und Arbeiter im ehemaligen Bezirke der Königlich Eisenbahn-Direktion zu Breslau sendet uns an unserer Notiz über „Sonderbare Sterbefassen-Verwaltung“ folgende Berichtigung:**

Am 25. September d. J. wurde nicht ein neuer Vorstand gewählt, sondern es scheidet von dem bisherigen, aus 9 Mitgliedern bestehenden Vorstande 5 aus, von letzteren wurden 3 wiedergewählt; nur 2 Mitglieder wurden neu in den Vorstand gewählt.

Die Wiederbeziehungsweise Renwahl erfolgte für die Zeit vom 1. Januar 1910 bis ultimo Dezember 1913. Der bisherige Vorstand hat hiermit bis ultimo Dezember 1909 zu antreten.

Die gemäß § 11<sup>a</sup> der Satzungen vorzunehmende engere Wahl wurde wegen lange dauernder dienstlicher Abwesenheit und Krankheit eines Vorstandsmitgliedes mit Genehmigung der Aufsichtsbekörde verschoben; dieses wurde auch den beiden neugewählten Mitgliedern bekannt gemacht.

Der von 8 Mitgliedern gestellte Antrag auf Einberufung einer außerordentlichen Hauptversammlung zwecks Aenderung der §§ 10 und 11 der Satzungen war den Satzungsbestimmungen entsprechend eingebracht, der Vorstand war somit gehalten, dem Antrage nachzukommen.

Die beantragten Aenderungen der §§ 10 und 11 haben die Aenderung noch anderer Paragrafen im Gefolge. Der gegenwärtige Vorstand besteht bis ultimo d. M. zu Recht, die Ausführung seiner Funktionen ist bis dahin somit nicht ungesetzlich. Der Vorstand.

**\* Der Tierärztliche Verein beschloß, zur Prämiierung von Schützlingen, welche sich um die Tierärztliche besonders verdient gemacht haben, dem Polizeipräsidenten 150 Mk. zur Verfügung zu stellen. Für die Beamten, welche zu den Revisionsgängen des Vorstandes bezüglich Tierärztliche bereien kommandiert werden, werden ebenfalls Geldbeiträge bewilligt.**

**\* Schwere Strafnachfall.** Ein auswärtiger Bäckermeister verunglückte am Dienstag auf der Schweidnitzerstraße, indem er von einem Notarwagen, vor dem er mit seinem Zweirade den Straßenrand kreuzen wollte, erfaßt, zur Erde geschleudert und schwer beschädigt wurde. Er erlitt Verletzungen am Kopf und hat auch schwere innere Beschädigungen davongetragen. Nachdem ihm auf der Unfallstation auf der Karlstraße ein Verband angelegt worden war, wurde er mittels Krankenwagens nach dem Allerheiligenhospital geschafft. Wie festgestellt ist, ist der Bäckermeister Heinrich Lindner aus Rannsdorf bei Gant. Sein Zustand hat sich bedeutend gebessert.

**\* Eine Schwindlerin, die bei Schneidermeistern vorpricht, um Heimarbeiten zu erhalten, mit dem anscheinendsten Sachverhalt aber auf Zimmerwunderwerken verweilt, tritt seit einiger Zeit in Breslau auf. Sie gibt jedesmal eine bestimmte Wohnung an, die sie aber stets als vorüberwinkelt erweist. Die Betragungen ist 30 bis 35 Jahre alt, mittelgroß, dunkelblond und ist bekleidet mit grauem Rock, dunklem Jackett und Hals- oder Rockschal; sie ist hochgewachsen und gibt sich einen solchen Anschein.**









